

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم  
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 14.10.2017, Seite 15 / Geschichte

Von Leo Schwarz  
16.10.2017

## Praktischer Sozialismus

*Ein Bekenntnis zu Krieg und Demokratie. Vor 100 Jahren tagte der Würzburger Parteitag der SPD*



*Die Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, beim Empfang deutscher Soldaten, o. O., 1918*

Foto: picture alliance / Mary Evans Picture Library

Auch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hat ihre »weißen Flecken«. Die Entwicklung der SPD in den rund eineinhalb Jahren zwischen dem Vollzug der

Parteisplaltung im Frühjahr 1917 und dem Eintritt führender Sozialdemokraten in die Regierung Max von Badens im Oktober 1918 ist so eine Fehlstelle. Sie wird selbst in einschlägigen Standardwerken meist nur cursorisch behandelt; eine ihrer wesentlichen Wegmarken, der Parteitag in Würzburg vom 14. bis zum 20. Oktober 1917 – der einzige während des Krieges –, wird oft nicht einmal erwähnt.

In jenen Monaten erlebte die SPD zweifellos die bis dahin schwerste Krise seit ihrer Gründung. Die radikale und zentristische Opposition hatte die Partei verlassen oder war ausgeschlossen worden; Hunderttausende Mitglieder und rund 80 Prozent der Beitragseinnahmen waren seit 1914 verlorengegangen. Politisch hatte sich die Parteiführung an den liberalen Flügel der Bourgeoisie gekettet.

Im Herbst 1917 verstärkten sich die Bemühungen, eine zu diesem Kurs passende Integrationsideologie zu entwickeln. Genau hierin bestand die Hauptfunktion des Parteitages. In seinem Mittelpunkt standen die Reden Friedrich Eberts – seit dem erzwungenen Rücktritt Hugo Haases im März 1916 alleiniger Parteivorsitzender –, Eduard Davids und Philipp Scheidemanns. Programmatische Bedeutung hatten auch die vier vorab in schriftlicher Form verteilten Referate von Otto Landsberg (Demokratisierung), Heinrich Cunow (Wirtschaftspolitik), Wilhelm Keil (Steuer- und Finanzpolitik) und Rudolf Wissell (Sozialpolitik). In ihnen kündigte sich der vorerst noch tastende Übergang der SPD von einem untrennbar an den Sozialismus gekoppelten Demokratiebegriff zu einem Verständnis von »demokratischer Politik« an, das sich in einem nicht- oder sogar antirevolutionären Programm politischer und sozialer Reformen im Rahmen einer »neuen, technisch und organisatorisch höherstehenden kapitalistischen Entwicklungsphase« (Cunow) erschöpfte.

### ***Mitgliederverluste***

Ebert musste den 283 Delegierten (von denen mehr als die Hälfte ihren Lebensunterhalt als bezahlte Angestellte der Partei, der Gewerkschaften, der Partei- und Gewerkschaftspresse und der Genossenschaften verdiente) als Berichterstatter des Parteivorstandes zunächst einen dramatischen organisatorischen Niedergang vermitteln. Gegenüber dem letzten ermittelten Vorkriegsstand von 1,085 Millionen war die Zahl der Mitglieder Ende März 1917 auf 243.061 Beitragszahler gesunken. Heute nicht mehr nachprüfbare zeitgenössische Schätzungen nahmen für den Herbst 1917 nurmehr rund 150.000 Mitglieder an. Während der Rückgang bis 1915 (auf 585.000) mit Sicherheit überwiegend auf die Einziehung der militärdienstpflichtigen Genossen zurückzuführen ist, dürfte der danach eingetretene Verlust vor allem politische Gründe gehabt haben. Der

Bericht gab das mit dem Verweis auf die »verwüstende Agitation der Opposition«, die zu einer »zahlenmäßig nicht festzustellenden Schwächung der Partei« geführt habe, im Grunde auch zu. Ein weiterer, häufig übersehener Aspekt kam hinzu: Die SPD hatte seit 1914 die durch den Belagerungszustand gezogenen Grenzen peinlich genau beachtet und ihre politische Tätigkeit außerhalb des Reichstages bzw. der Presse weitgehend eingestellt, wodurch die Verbindung zu vielen Mitgliedern und Anhängern verloren ging. Die im November 1917 unter dem Motto »Sozialdemokratie, Frieden und Volksrechte« durchgeführten Veranstaltungen, bei denen unter anderem Ebert und Scheidemann vor jeweils einigen tausend Zuhörern sprachen, waren die ersten Massenversammlungen der Partei seit Kriegsbeginn. Die Parteiführung konnte diese Reaktivierung ohne Schwierigkeiten durchführen, da – wie Ebert in Würzburg betont hatte – der »Organisationsapparat im ganzen Reiche (...) völlig intakt« in der Hand des Vorstandes verblieben war, ein Vorteil, dessen überragende Bedeutung sich in der Revolution 1918/19 erweisen sollte.

Ebert verwendete den größten Teil seiner Redezeit in Würzburg indes darauf, die Haltung der Vorstandsmehrheit zu rechtfertigen. Er hielt die einfallsloseste Rede von allen und vertrat den merkwürdigen Standpunkt, die Linie der Partei habe sich gegenüber der Vorkriegszeit nicht geändert, auch das Verhältnis zum Krieg sei ein taktisches Problem und keine Grundsatzfrage. Dagegen bezeichnete David als Berichterstatter der Reichstagsfraktion die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 als »Tat von geschichtlicher, ich darf sagen, weltgeschichtlicher Bedeutung«; hier war »ein Kreuzungspunkt«, ein Zurück könne es nicht mehr geben. Mit sozialdarwinistischem Vokabular diskutierte er den Krieg als Ergebnis »natürlicher« Gegensätze der Völker; in der »Demokratie« sah er eine auch für Deutschland zu erschließende, die nationale Einheit fördernde »Kraftquelle«.

### ***Anpassung an die Zeit***

Der Höhepunkt des Parteitages war ohne Zweifel die mit »stürmischem Beifall« gefeierte Rede Scheidemanns am 18. Oktober. Er rechtfertigte die stattgefundenen und noch kommenden Änderungen des politischen Kurses, die er ebenso wie David offen zugab und als »praktischen Sozialismus« idealisierte, als Anpassung an »Zeit und Verhältnisse«, die die »Konservativen von rechts und links« nicht begreifen würden. Die »prinzipiellen Kreditverweigerer« in Russland, Serbien und Bulgarien könne man ohnehin nur mit der Rückständigkeit dieser Länder erklären; diese Sozialisten würden eben kein modernes Industrieproletariat vertreten. Der Krieg habe zu einer »ungeheuren Machtverschiebung

zugunsten des Proletariats« geführt, die früher oder später zwangsläufig in die parlamentarische Regierungsform münden werde. Die dann zu erwartende Regierungsübernahme durch die SPD werde aber nicht den Sozialismus »der Theoretiker und Agitatoren« bringen, sondern den Sozialismus als »Notstandsmaßregel staatlicher Selbsterhaltung«. Scheidemann wurde am Tag darauf zum zweiten Parteivorsitzenden neben Ebert gewählt.

Für einen interessanten, den neuen politischen Modus der SPD (wenn auch unfreiwillig) ins rechte Licht setzenden Kontrapunkt sorgte in Würzburg eine kleine Gruppe von Delegierten, die die weitere Bewilligung der Kriegskredite ablehnte; als ihr Sprecher trat der Hanauer Reichstagsabgeordnete Gustav Hoch auf. Der von ihm formulierte Antrag verlangte im rhetorischen Stil der Vorkriegszeit die »Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner« und forderte von der Reichstagsfraktion, der Regierung keine Kredite mehr zu bewilligen, solange die Reichsleitung »sich nicht ausdrücklich und unzweideutig, im allgemeinen und in den wichtigeren Einzelfragen zu unseren Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekennt«; er machte also die Kreditbewilligung von der praktischen Umsetzung des »demokratischen« Programms abhängig, das in den Dokumenten und Redebeiträgen des Würzburger Parteitages so wortreich skizziert worden war. Dieser Antrag erhielt in namentlicher Abstimmung lediglich 26 Stimmen, 257 Delegierte lehnten ihn ab.